

Rathaus, Spanischer Bau

50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 10.10.2019

AN/1366/2019

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	11.10.2019

Veränderungsnachweise zum Doppelhaushalt 2020/21 und Kulturförderabgabe

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Krupp,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, die als Anlagen beigefügten Veränderungsnachweise zum Doppelhaushalt 2020/21 auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Finanzausschusses zu nehmen.

Die Anlagen umfassen:

- Veränderungsnachweis zum Haushalt 2020/21: Rücknahme der Kürzungen und Gegenfinanzierung
- Veränderungsnachweis zum Haushalt 2020/21: Zusetzungen und Gegenfinanzierung
- Kulturförderabgabe: Anpassung des Ansatzes und Verwendung

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Geschäftsführer

Fraktion DIE LINKE

Begründung und Erläuterung der einzelnen Positionen des Veränderungsnachweises:

I. Rücknahme der Kürzungen und Gegenfinanzierung

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung sieht erhebliche Kürzungen im Schulbereich, in der Kinder- und Jugendarbeit und in der Sport- und Kulturförderung vor. Offenbar wurden in diesen Bereichen pauschale Kürzungen vorgenommen. Dabei wurden anscheinend nicht einmal Ausnahmen gemacht, wo vertragliche Verpflichtungen eine Kürzung ausschließen. Für freie Träger in den betroffenen Bereichen sind diese Kürzungen teilweise existenzbedrohend.

Derart heftige Einschnitte wurden seitens der Kämmerei in vergangenen Haushalten nur dann angestrebt, wenn eine Überschreitung der 5 %-Schwelle bei der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage drohte, also das Risiko bestand, in die Haushaltssicherung zu geraten. DIE LINKE hatte in ihren Veränderungsnachweisen gezeigt, dass durch eine Erhöhung der Einnahmen auch unter den damaligen Bedingungen Kürzungen vermeidbar waren.

Derzeit ist die Haushaltslage aber deutlich besser: Für 2020 wird eine Entnahmekquote von 1,74 % erwartet, in 2021 eine Entnahmekquote von 0,95 %. Ab 2022 werden Haushaltsüberschüsse erwartet, eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage findet nicht mehr statt.

In einer solch positiven Finanzsituation gibt es keine Rechtfertigung für Kürzungen in den genannten Bereichen. Daher müssen die vorgesehenen Einschnitte zurückgenommen werden.

Dies kann sogar ohne negative Auswirkungen auf das Haushaltsergebnis geschehen. Wie die Kämmerei in einem Schreiben an die Fraktionen am 9.10. mitteilte, war der Ansatz für die LVR-Umlage zu hoch angesetzt. Der nun geringere Ansatz ermöglicht eine Gegenfinanzierung für die Rücknahme der Kürzungen.

II. Zusetzungen und Gegenfinanzierung

Wohnen

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und auf Dauer zu erhalten ist einer der Schwerpunkte des vorliegenden Veränderungsnachweises. Das Wohnungsamt muss den eingeschlagenen Weg, Sozialwohnungen zu bauen, verstärkt fortsetzen. Hierzu sieht der Veränderungsnachweis eine deutliche Erhöhung der investiven Mittel auf 100 Mio. vor.

Mit dem Haushalt 2019 wurde die Zahl der Stellen zur Verfolgung der Wohnraumschutzsatzung angehoben. Dennoch erreicht Köln im Verhältnis zur Stadtgröße nicht einmal die Personalausstattung Bonns. Eine weitere Zusetzung ist daher notwendig.

Die Verwaltung sieht für 2020 die Zusetzung von vier Stellen zur Einführung und Begleitung von sozialen Erhaltungssatzungen (Milieuschutzsatzungen) vor. DIE LINKE fordert die schnelle Festsetzung weiterer Milieuschutzgebiete und sieht deshalb die Zusetzung weiterer acht Stellen ab 2021 vor. Zudem soll im Severinsviertel als erstem Gebiet mit Sozialer Erhaltungssatzung eine Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter eingerichtet werden, die von Luxussanierungen und Umwandlungen ihrer Wohnungen in Eigentum bedroht sind.

DIE LINKE fordert einen Kölner Mietendeckel, um Mieterinnen und Mieter vor den ständig steigenden Mieten zu schützen. Die GAG als größtes städtisches Wohnungsunternehmen muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen und einen Stopp für Mieterhöhungen über fünf Jahre aussprechen. Um Investitionen der GAG nicht zu behindern, soll ihr der Mietausfall ausgeglichen werden.

Radverkehr / Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Nur mit einer radikalen Verkehrswende kann soziale und umweltgerechte Mobilität in der wachsenden Stadt Köln in den nächsten Jahren gewährleistet werden. Daher setzt DIE LINKE auf ÖPNV, Fuß- und Radverkehr.

Der Fußverkehr nimmt bislang eine Randstellung in der Kölner Verkehrsplanung ein. Ihm werden die Restflächen zugewiesen, nachdem vor allem der MIV bedient wurde. Um diesem Missstand abzuwehren, schlägt DIE LINKE die Zusetzung von 8 Stellen zur Förderung von Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit und Wegbeziehungen vor.

Ein Netz von Radschnellwegen soll entlang von Pendler Routen entstehen. Diese Radschnellwege bieten eine klare und attraktive Alternative zum Auto. Hierzu sollen investive Mittel in Höhe von 15 Mio. Euro bereitgestellt werden. Weitere Mittel sollen in die Prüfung und Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht, in den Rückbau freilaufender Rechtsabbieger und in den Aufbau von Fahrradstellplätzen fließen.

Die Stadt Köln hat zu wenig Fachpersonal, um den geplanten Ausbau des ÖPNV umsetzen zu können. Wir wollen das Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau so ausbauen, dass es die Kompetenzen ausüben kann, die einst das Kölner Tiefbauamt vor seiner Zerschlagung hatte. Hierzu wollen wir in 2020 und 2021 insgesamt 20 Stellen schaffen.

Ein schneller Ausbau attraktiver ÖPNV-Verbindungen ist durch Expressbuslinien auf eigenen Busspuren möglich. Für zwei solcher Linien wollen wir Gutachten und Planung in Auftrag geben. Den fahrscheinlosen Tag im ÖPNV wollen wir ausweiten. In 2020 sollen die Osterferien fahrscheinlos und damit für die Nutzer und Nutzerinnen kostenfrei werden.

Migration

Die viel zu lange Wartezeit auf einen Therapieplatz für traumatisierte Geflüchtete soll sich verkürzen. Dafür haben wir vier weitere Vollzeitstellen für das Therapiezentrum für Folteropfer vorgesehen.

Für alle Migranten möchten wir die Finanzausstattung der Interkulturellen Zentren erhöhen und weitere Projekte des Interkulturellen Maßnahmenprogramms realisieren, die die Stadt bisher nicht umsetzt.

Soziales

DIE LINKE möchte, dass mehr Menschen Anspruch auf den Köln-Pass und seine zahlreichen Vergünstigungen bekommen.

Köln ist eine wachsende und bunte Stadt. Um benachteiligte Menschen zu unterstützen und aufkommende Konflikte zu lösen, will DIE LINKE die klassische Sozialarbeit ausweiten. Dazu möchten wir die neuen Sozialräume mit denselben Finanzmitteln ausstatten, die auch die seit längerem bestehenden Sozialräume bekommen. „Sozialraumarbeit light“ lehnt DIE LINKE ab! Wir wollen drei zusätzliche Szenebezogene Streetworkteams für Erwachsene, die dauerhafte Nutzungskonflikte auf den Innenstadtplätzen moderieren und schlichten, und für die Arbeit mit problematischen Gruppen von Erwachsenen den nötigen Auftrag und entsprechende Kompetenzen haben.

Auch Bürgerzentren machen wichtige Sozialarbeit. Sie sollen für ihre gewachsenen Aufgaben angemessen ausgestattet werden.

In der Seniorenarbeit soll es mehr Hausbesuche geben, die es den Menschen ermöglichen, länger allein zu leben.

Initiativen, die sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Erwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit, Diskriminierung und Zwangsheiraten richten, sollen durch eine Aufstockung ihres Zuschusses bessere Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

In Zeiten immer offener auftretendem Rassismus wollen wir die Antidiskriminierungsstellen mit zwei zusätzlichen Stellen verstärken.

Kinder und Jugend

DIE LINKE strebt weiterhin eine kostenfreie vorschulische Bildung an. Auf dem Weg dorthin möchten wir arme Eltern und Kinder entlasten und die Elternbeiträge bis zu einem Einkommen von 37.000 Euro streichen.

Für ein qualitativ gutes Kitasystem muss der geltende Tarifvertrag unverzüglich umgesetzt werden. Für ständige Vertretungen möchten wir 6 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Es darf keine unterschiedliche Eingruppierung von Erzieher/innen in städtischen Kitas geben, die dieselbe Tätigkeit ausüben.

Um mehr Personal für städtische Kitas zu werben, soll ein städtisches Wohnheim für Erzieher/innen in Ausbildung, die sich die hohen Kölner Mieten nicht leisten können, gebaut werden.

DIE LINKE möchte bestehende Jugendzentren stärken und neue Einrichtungen aufbauen. Dazu soll die Prioritätenliste komplett abgearbeitet werden. Auf dem Kölnberg soll ein neues jugendpädagogisches Angebot entstehen.

Die kulturpädagogischen Angebote sollen den Jugendzentren und Offenen Türen gleichgestellt werden. Deswegen werden die dort vorhandenen halben Personalstellen auf Vollzeitstellen aufgestockt.

Das Projekt Lesewelten soll gefördert werden.

In der Mädchenarbeit wird das Angebot von Lobby für Mädchen und dem Handwerkerinnenhaus ausgeweitet. In der Jungenarbeit wird für die sexualpädagogische Arbeit mit Jungen und jungen Männern eine Stelle bei profamilia zugesetzt.

Zu viele Kinder lernen heute zu spät schwimmen weil es zu wenig Schwimmbäder für die wachsende Bevölkerung gibt und damit auch zu wenig Vereinsangebote und Gelegenheiten für Schwimmstunden in der Schule. Daher sieht DIE LINKE im Investitionshaushalt 25 Mio. € für Planung und Neubau eines sportgerechten Freizeitbades vor.

Schule

Damit Schule fit für die Herausforderungen einer wachsenden und vielfältiger werdenden Schülerschaft ist, soll Schulsozialarbeit ausgedehnt werden.

Zunächst 1 Mio. Euro möchte DIE LINKE in die Qualität des Offenen Ganztags investieren.

Die knapp 50 Grundschulen in sozialen Brennpunkten sollen mit einer Förderung von je 11.000 Euro unterstützt werden.

Die Basisarbeit von Mittendrin als Elternberatungsstelle für schulische Inklusion soll stärker gefördert werden.

Für Anti-Aggressionstrainings an Schulen soll ein zusätzliches Budget bereitgestellt werden.

Gegenfinanzierung:

Weniger externe Beauftragungen, mehr Betriebsprüfer, moderate Anhebung der Gewerbesteuer

Der Veränderungsnachweis enthält Minderausgaben und Mehrerträge in Höhe von 32,4 Mio. Euro in 2020 und 35,2 Mio. Euro in 2021.

DIE LINKE schlägt vor, externe Beauftragungen zu vermindern. Insgesamt sieht DIE LINKE bei den externen Beauftragungen ein Einsparpotential von mindestens 5 Mio. Euro, das durch eigenes Fachpersonal erschlossen würde.

Durch die Einstellung von zusätzlichen Betriebsprüfern könnten Mehreinnahmen von 6 Mio. Euro bei Personalkosten unter einer halben Million Euro gewonnen werden.

Eine leichte Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Hehebepunkte ermöglicht in 2020 Mehreinnahmen von 23,8 Mio. Euro und in 2021 von 26,6 Mio. Euro. Bis 2024 steigen die so generierten Zusatzeinnahmen auf 33,0 Mio. Euro.

III. Kulturförderabgabe

Der kostenfreie Eintritt in die ständigen Ausstellungen der städtischen Museen steht im Zentrum des Veränderungsnachweises zur Kulturförderabgabe. Die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern tragen gerade einmal 8 % zur Finanzierung der städtischen Museen bei. Mit ca. 2 Mio. Euro rührt etwa die Hälfte dieser Einnahmen aus Eintritten in die ständigen Ausstellungen. Der Beitrag zur Finanzierung der Museen ist also gering. Gleichzeitig sind die hohen Eintrittsgelder jedoch für viele Menschen ein Hindernis, die Museen zu besuchen.

An der wichtigen Bildungsstätte Volkshochschule soll der Stundensatz für Honorarkräfte steigen und im Folgenden die Honorare analog zu den Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes angepasst werden.

Die Verwaltung teilte dem Finanzausschuss am 23.9. schriftlich mit, dass *„eine Erhöhung des Haushaltsansatzes bei der Kulturförderabgabe von bisher 7 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro möglich ist“* (Ds. 3264/2019). DIE LINKE hatte auf die Diskrepanz zwischen Haushaltsansatz und tatsächlichen Einnahmen bereits in früheren Jahren wiederholt hingewiesen. Im Veränderungsnachweis Kulturförderabgabe ist der Ansatz entsprechend dem Vorschlag der Kämmerei angepasst.